

Niederschrift über die 13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen

Sitzung am: Dienstag, den 18.11.2025
Sitzungsort: im Großen Ratssaal des Rathauses Plauen
Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 21:42 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern sind 30 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Daniel Beegen
Heike Bertram
Dieter Blechschmidt
Ingo Eckardt
Cornelia Erhardt
Sven Gerbeth
Helmar Gerisch
Yvonne Gruber
Claudia Hänsel
Christian Hermann

Stimmberechtigtes Mitglied

Sebastian Heydel
Eric Holtschke
Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Lars Legath
Steffi Liedtke
Monika Mühle
Michael Petzold
Petra Rank
Thomas Salzmann
Georg Schatzberg

Stimmberechtigtes Mitglied

Jörg Schmidt
Tim Schuster
Maik Schwarz
Diana Simon
Nick Simon
Stephan Uhlig
Mary Wachsmuth
Mathias Weiser
Max-Dominik Windisch

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 9 stimmberechtigte Mitglieder.

Stimmberechtigtes Mitglied

Alexandra Glied
Stefan Golle
Lars Gruber
Jens Heinritz
Ronny Hering
Christian Kellner
Kerstin Knabe
Rico Kusche
Diana Zierold

während TOP

zeitweise anwesend bis TOP 4
zeitweise anwesend bis TOP 3.7
zeitweise anwesend ab TOP 3.6
zeitweise anwesend bis TOP 4
zeitweise anwesend ab TOP 3.7
zeitweise anwesend ab TOP 1.2.
zeitweise anwesend bis TOP 4
zeitweise abwesend ab TOP 3.7 bis TOP 3.10
zeitweise anwesend bis TOP 3.7

Abwesende:

Abwesend sind 4 stimmberechtigte Mitglieder.

Stimmberechtigtes Mitglied

Belinda Eißmann
Frank Erhardt
Maik Kühn
Bernd Stubenrauch

während TOP

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Kerstin Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Tobias Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Lars Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister/Sitzungsdienst	zu allen TOP
Peggy Hein	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Martin Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Sascha Giller	Justizariat	zu allen TOP
Nadine Läster	Pressesprecherin, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	öffentlicher Teil
Carola Blume-Brake	Leiterin Haupt- und Personalverwaltung	bis TOP 6.2
Nadja Friedländer-Schmidt	Leiterin Fachbereich Bürgerservice	öffentlicher Teil
Eric Hoffmann	Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport	öffentlicher Teil
Markus Löffler	Leiter Fachbereich Bau und Umwelt	zu allen TOP
Harald Haupt	Leiter Fachbereich Städt.Bauaufgaben, Bewirtschaftung	öffentlicher Teil
Dr. Renè Schreiter	Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung	zu allen TOP
Kerstin Karch	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Alexander Stempell	Wirtschaftsförderung	zu allen TOP
Steffen Ullmann	Leiter Fachgebiet Tierbau	öffentlicher Teil
Hagen Brosig	Sachbearbeiter Verkehrsplanung	TOP 3.8. bis TOP 3.14.
Marcel Fröbisch	Personalrat	zu allen TOP
Steve Fischer	Revierförster der Stadt Plauen	zu allen TOP

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Gabriele Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Andrea Zobel, SPD/Initiative-Fraktion	zu allen TOP
Elke Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht	entschuldigt
Steffen Arlt, AfD-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Gäste:

Herr Bert Schmieder, Leiter des Forstbezirkes Plauen	bis TOP 3.6
Frau Sandra Kaiser, Geschäftsführerin Theater Plauen-Zwickau gGmbH	bis TOP 3.7
Herr Renè Kahle, Gruppenleiter Energieprojekte Geschäftsentwicklung/Projektmanager Erneuerbare Energien bei eins energie in sachsen GmbH & Co. KG	zu TOP 6.3

Tagesordnung – öffentlicher Teil

TOP 1	Eröffnung der Sitzung
TOP 1.1	Feststellung der Beschlussfähigkeit
TOP 1.2	Tagesordnung
TOP 1.3	Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 09.09.2025
TOP 1.4	Beantwortung von Anfragen
TOP 1.5	Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 21.10.2025
TOP 1.6	Informationen des Oberbürgermeisters
TOP 2	Information
TOP 2.1	Jahresabschluss 2024 der Theater Plauen-Zwickau gGmbH INV-053/2025
TOP 3	Beschlussfassung
TOP 3.1	Abberufung einer sachkundigen Einwohnerin aus dem Bildungs- und Sozialausschuss BSV-238/2025

- TOP 3.2 Entsendungswiderruf der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH
BSV-230/2025
- TOP 3.3 Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH
BSV-231/2025
- TOP 3.4 Entsendungswiderruf weiterer Vertreter der Stadt Plauen im Kulturkonvent des Zweckverbandes "Kulturraum Vogtland – Zwickau"
BSV-227/2025
- TOP 3.5 Vorschlag zur Entsendung weiterer Vertreter der Stadt Plauen in den Kulturkonvent des Zweckverbandes "Kulturraum Vogtland – Zwickau"
BSV-228/2025
- TOP 3.6 Forstlicher Wirtschaftsplan 2026
BSV-213/2025
- TOP 3.7 Umsetzung des Strukturkonzeptes der Theater Plauen-Zwickau gGmbH
BSV-194/2025
- Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 61-25**, Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 73-25**
- Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 83-25**
- TOP 3.8 Feststellung des Jahresabschlusses 2023
BSV-218/2025
- TOP 3.9 Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Stadt Plauen (Grundsteuerhebesatzsatzung), Inkrafttreten 01.01.2026
BSV-234/2025
- TOP 3.10 Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung für die Vogtlandbibliothek Plauen
BSV-223/2025
- Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 90-25**
- TOP 3.11 Neufassung der Förderrichtlinie zur pauschalen Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen (FRL Jugendverbandsarbeit)
BSV-209/2025
- TOP 3.12 Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Notsicherung Dach Altes Brandschutzamt Oberer Graben 20
BSV-210/2025
- TOP 3.13 Radverkehrskonzeption 2025 der Stadt Plauen
BSV-200/2025
- TOP 3.14 Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Ablöse des Kreuzungs- und Ampelbereichs B 92 Hofer Str./Turnstraße (LaSuV)
BSV-232/2025
- TOP 4 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1 Eröffnung der Sitzung

Die 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung von Oberbürgermeister Steffen Zenner eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Yvonne Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, und Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, bestellt.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde folgendes ausgereicht:

Zu TOP 3.10

- Antrag, **Reg. Nr. 93-25**, und Stellungnahme der Verwaltung
- Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag **Reg. Nr. 90-25**

Zu TOP 3.11

- Antrag, **Reg. Nr. 96-25**
- Stellungnahme der Verwaltung

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass die heutige Stadtratssitzung am Donnerstag, 20.11.2025, 15:30 Uhr gemäß § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen weitergeführt wird, falls die Tagesordnung nicht bis 22 Uhr erledigt sein sollte,

Oberbürgermeister Zenner gratuliert Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, zu ihrem heutigen Geburtstag.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Stadtrates der Stadt Plauen mit 36 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates (einschließlich Oberbürgermeister) gewährleistet ist.

1.2 Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge, Hinweise oder Fragen zur Tagesordnung vor.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 09.09.2025

Oberbürgermeister Zenner stellt mit Zustimmung der Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 09.09.2025 fest.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung.

1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 21.10.2025

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat Herrn Karsten Schmidt zum kommissarischen Betriebsleiter des Kulturbetriebes, befristet vom 01.01.2025 bis maximal 31.12.2026 gewählt.

1.6 Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass Stadträtin Yvonne Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, und Stadträtin Diana Simon, AfD-Fraktion, die Stadt Plauen in der Partnerstadt Cegled anlässlich des „Cosuth-Festes“ vertreten haben. Beide Stadträtinnen haben ebenfalls an einer Stadtratssitzung in Cegled teilgenommen, in welcher der Stadt Plauen anlässlich der 20-jährigen Städtepartnerstadt eine Plastik überreicht wurde. Entsprechende Fotos vom Besuch und die Plastik werden zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigt.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei den beiden Stadträtinnen. Er betont, dass es wichtig sei, dass Städtepartnerschaften nicht nur auf dem Papier bestünden, sondern auch gelebt würden.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass am 25.11.2025, um 18 Uhr der Plauener Weihnachtsmarkt eröffnet werden soll.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass am 14.11.2025 eine erste Gesprächsrunde mit Herrn Landrat Hennig zur aktuellen Situation der Plauener Straßenbahn GmbH stattgefunden habe. Anfang Januar 2026 soll ein Folgegespräch geführt werden.

2 Information

2.1 Jahresabschluss 2024 der Theater Plauen-Zwickau gGmbH INV-053/2025

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Sandra Kaiser, Geschäftsführerin der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, und erteilt ihr Rederecht.

Frau Sandra Kaiser, Geschäftsführerin der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, berichtet anhand einer Präsentation über den Jahresabschluss 2024 der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, um einen transparenten Überblick über die Tätigkeiten, Risiken und Herausforderungen des Unternehmens zu geben. Die Gesellschafter seien die Städte Plauen und Zwickau mit jeweils 50 % Beteiligung. Das Stammkapital betrage 26.000 EUR, der Sitz der Gesellschaft ist in Zwickau, und das Geschäftsjahr entspreche dem Kalenderjahr.

Frau Kaiser führt aus, dass im Jahr 2024 zwei Gesellschafterversammlungen und fünf Aufsichtsrats-sitzungen stattgefunden haben. Durchschnittlich wären 280 Beschäftigte, darunter zwei Auszubildende, im Theater Plauen-Zwickau tätig. Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte durch die HKMS Treuhand GmbH, Plauen, welche am 17. April 2025 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt habe.

Frau Kaiser erläutert, dass im Jahr 2024 die Neubesetzung der Aufsichtsgremien im Zuge der neuen Legislaturperiode erfolgt sei. Zudem sei die Firma „actori“ München mit der Erstellung eines Strukturkonzepts zur Neuausrichtung und Finanzierung des Theaters Plauen-Zwickau beauftragt worden. Die Tarifanpassungen aus dem Tarifabschluss 2023/2024 seien ab März 2024 vollständig wirksam geworden, was zu einer durchschnittlichen Steigerung von 11 % geführt habe. Im Dezember 2024 habe die Sparte Ballett neue Probenräume in Zwickau bezogen, wodurch die Arbeitsbedingungen erheblich verbessert worden seien. Darüber hinaus sei die Finanzbuchhaltungssoftware um ein Modul zur Auftragsverarbeitung erweitert worden, was den Rechnungslauf digitalisiert und beschleunigt habe.

Frau Kaiser hebt hervor, dass das Theater Plauen-Zwickau im Herbst 2024 durch die Auszeichnung von Johanna Levica mit dem „Theaterpreis Faust“ deutschlandweite Aufmerksamkeit erhalten habe.

Frau Kaiser erläutert die finanziellen Kennzahlen des Jahres 2024. Die Investitionsdeckung habe 119 % betragen, da die Abschreibungen die Neuinvestitionen überstiegen hätten. Die Investitionsquote sei auf 15,9 % gesunken, während das Anlagevermögen 46,2 % des Gesamtvermögens ausmache. Die wesentlichen Investitionen in Höhe von 389.000 EUR umfassten unter anderem die Erneuerung der Beleuchtungstechnik im Theater Plauen-Zwickau. Weiterhin führt Frau Kaiser aus, dass das Theater Plauen-Zwickau nicht kreditverschuldet sei, jedoch wäre der Verschuldungsgrad auf 72,5 % gestiegen. Die Eigenkapitalquote liege bei 58 %, wobei ohne Berücksichtigung der Sonderposten für Investitionszuschüsse nur 14,5 % erreicht würden.

Frau Kaiser berichtet, dass die Umsatzerlöse im Jahr 2024 nahezu das Vorjahresniveau von 1.809.000 EUR erreicht hätten, was einem langfristigen Anstieg von 36 % im Vergleich zu 2019 entspreche. Die Besucherzahlen seien leicht auf 115.717 gestiegen. Das Jahresdefizit habe 1.544.346,61 EUR betragen, was jedoch 195.000 EUR besser als geplant sei. Die Gesellschafterversammlung habe beschlossen, den Fehlbetrag mit Gewinnvorträgen zu verrechnen und den verbleibenden Fehlbetrag als Bilanzverlust auszuweisen.

Frau Kaiser erläutert, dass die öffentlichen Zuschüsse von den Gesellschaftern (52 %), dem Kulturraum (40 %) und dem Land Sachsen (8 %) getragen würden. Die Personalkosten machten 81 % des Budgets aus, während die betrieblichen Aufwendungen 16 % und Materialkosten 1 % ausmachten. Sie betont, dass die Zuschüsse des Kulturraums seit Jahren nahezu konstant seien, während die Personalkosten aufgrund der Rückkehr zu Flächentarifverträgen seit 2015 um 40 % gestiegen seien. Die Fusion der beiden Theater in Plauen und Zwickau habe zu einem Stellenabbau von 100 Stellen geführt, wodurch ein kompaktes und effektives System geschaffen worden sei. Der Abbau des Orchesters auf 56 Musikerstellen soll bis 2029 abgeschlossen sein.

Frau Kaiser berichtet, dass für das Jahr 2025 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.577.800 EUR prognostiziert werde. Dieser könne anteilig durch Rücklagen in Höhe von 643.000 EUR ausgeglichen werden, wodurch eine bilanzielle Überschuldung von 934.200 EUR verbleiben würde. Der Stadtrat der Stadt Zwickau habe am 17. April 2025 einen Verlustausgleichsbeschluss bis zu maximal 643.700 EUR gefasst. Zur Vermeidung der bilanziellen Überschuldung seien kurzfristige Maßnahmen auf Grundlage des Strukturkonzeptes von der Firma „Actori“ und nach Bestätigung durch den Aufsichtsrat eingeleitet worden.

Um Produktionskosten sparen zu können, würde das Theater Plauen-Zwickau in der Spielzeit 2024/2025 auf drei große Neuproduktionen in den Sparten Musik, Theater, Ballett und Schauspiel verzichten. Zudem seien die Abstände zwischen A- und B-Premieren verlängert worden, um Transport- sowie Auf- und Umbaukosten zu senken.

Frau Kaiser weist jedoch darauf hin, dass diese Maßnahmen auch negative Auswirkungen wie Einnahmeausfälle durch fehlendes Repertoire und einen erhöhten Werbeaufwand mit sich bringen könnten.

Frau Kaiser hebt hervor, dass die Umsatzerwartungen für 2025 bereits jetzt um 119.000 EUR über den Planungen liegen. Dies sei insbesondere auf den Erfolg des Sommertheaters mit der Produktion „Der Medicus“ zurückzuführen, die mit über 12.000 Besuchern einen Rekord seit der Spielzeit 2006/2007 erreicht habe. Auch der Vorverkauf für das nächste Sommerspektakel sei bereits erfolgreich angelaufen. Zudem verzeichne das Theater Plauen-Zwickau weiterhin Zuwächse im Sponsoring, was einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Stabilität leiste. Die zuletzt durchgeführten Preisanpassungen, einschließlich der erstmaligen Erhöhung der Schülerticketpreise, hätten keine negativen Auswirkungen auf die Nachfrage gezeigt. Die regelmäßige Überprüfung des Preissystems alle zwei Jahre werde fortgesetzt. Die Aufwendungen des Theaters Plauen-Zwickau lägen im Plan, und die Liquidität sei bis Jahresende gesichert.

Frau Kaiser erläutert, dass die finanzielle Situation ab 2026 kritisch werde, da die Rücklagen der Gesellschaft bis dahin aufgebraucht sein würden. Die Liquidität werde voraussichtlich nur noch bis zum Jahresende 2026 ausreichen, um langfristige Verbindlichkeiten wie Altersteilzeit- und Urlaubsverpflichtungen zu bedienen.

Für das Jahr 2028 werde ein Haushaltsdefizit von 3 Mio. EUR prognostiziert, falls keine Änderungen vorgenommen würden.

Frau Kaiser betont, dass es keine einzelne Lösung für diese Herausforderungen gäbe, sondern ein Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen erforderlich sei. Sie verweist auf die Notwendigkeit der Novellierung des Kulturraumgesetzes, insbesondere im Hinblick auf die Rolle von Theatern und Orchestern im ländlichen Raum. Weitere Themen wie Fusionen, Kooperationen, die Erschließung neuer Einnahmequellen und Haustarifverträge seien ebenfalls Teil der Überlegungen.

Frau Kaiser hofft darauf, dass der Grundlagenvertrag verlängert würde und somit das eigenproduzierende Mehrspartentheater in Plauen und Zwickau erhalten werden könnte. Sie lädt die Stadträtinnen und Stadträte zur Premiere von „Monty Python's Spamalot“ ein und betont die Bedeutung der Unterstützung durch den Besuch von Theateraufführungen.

Oberbürgermeister Zenner bekräftigt die Unterstützung der Stadt Plauen für das produzierende Mehrspartentheater und hebt die Bedeutung des Theaters für die Stadt hervor. Er appelliert an die Stadträtinnen und Stadträte, das Theater Plauen-Zwickau nicht nur durch Beschlüsse, sondern auch durch den persönlichen Besuch von Aufführungen zu unterstützen. Abschließend lobt er die Arbeit des Generalintendanten Dirk Löschner und des gesamten Theaterteams.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalick, CDU-Fraktion, fragt nach, wie viele Mietkosten für zusätzliche Anmietung, z. B. von Proberäumen usw. jeweils in Plauen und in Zwickau anfallen.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Kaiser erklärt, dass sie die genauen Zahlen derzeit nicht vorliegen habe, diese jedoch nachreichen werde. Sie bestätigt, dass die Mietkosten sowohl die Theatergebäude als auch die zahlreichen Proben- und Spielstätten außerhalb der Theatergebäude umfassen.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, fragt nach den wirtschaftlichen Auswirkungen der bereits ergriffenen Maßnahmen, insbesondere des Verzichts auf A- und B-Premieren. Er möchte wissen, welche Einsparungen konkret erzielt werden könnten, da es sich um Millionenbeträge handeln könnte.

Frau Kaiser erläutert, dass sie derzeit keine exakten Zahlen zu den Einsparungen durch die veränderte Abfolge der Premieren nennen könne, da diese erst gegengerechnet werden müssten. Sie weist darauf hin, dass durch die Maßnahme Transporte eingespart würden, jedoch noch unklar sei, in welchem Umfang dies geschehe. Bezüglich der Einsparungen durch den Verzicht auf drei große Premieren gibt sie an, dass Inszenierungs- und Personalkosten in Höhe von rund 130.000 EUR eingespart werden könnten. Sie betont jedoch, dass es sich hierbei um einzelne Maßnahmen handele, die nur in Kombination mit weiteren Schritten zur Stabilisierung der finanziellen Situation beitragen könnten.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Jahresabschluss 2024 der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, vorgestellt durch die Geschäftsführerin Frau Sandra Kaiser, zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3 Beschlussfassung

**3.1 Abberufung einer sachkundigen Einwohnerin aus dem Bildungs- und Sozialausschuss
BSV-238/2025**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Abberufung von Frau Claudia Weise als sachkundige Einwohnerin aus dem Bildungs- und Sozialausschuss des Stadtrates der Stadt Plauen.

**Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-1**

**3.2 Entsendungswiderruf der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH
BSV-230/2025**

Oberbürgermeister Zenner, Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, und Stadtrat Georg Schatzberg, AfD-Fraktion, melden sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nehmen im Zuschauerbereich Platz.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt in Stellvertretung des Oberbürgermeisters die Leitung der Sitzung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Oberbürgermeister Steffen Zenner, Frau Stadträtin Monika Mühle, Frau Diana Tarnawski, Herrn Danny Przisambor, Herrn Stadtrat Georg Schatzberg und Herrn Marko Mühlbauer (Konsensmandat) als Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen; Befangen: 3
Beschluss-Nr.: 13/25-2**

Nach der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Oberbürgermeister Zenner wieder die Leitung der heutigen Stadtratssitzung.

3.3 Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH BSV-231/2025

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt widerruflich Herrn Oberbürgermeister Steffen Zenner für den Vorschlag der Stadt Plauen zur Benennung durch die Plauener Straßenbahn GmbH zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke – Erdgas Plauen GmbH durch die Gesellschafterversammlung.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-3**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt widerruflich Herrn Marko Mühlbauer für den von der Thüga AG München mit der Stadt Plauen abgestimmten Vorschlag zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke – Erdgas Plauen GmbH durch die Gesellschafterversammlung.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-4**

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt im Wege der Einigung

- Frau Stadträtin Monika Mühle (CDU-Fraktion),
- Herrn Stadtrat Georg Schatzberg (AfD-Fraktion),
- Herrn Danny Przisambor (Fraktion Die Linke/Grüne) und
- Frau Stadträtin Belinda Eißmann (Fraktion Bündnis S. Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit)

widerruflich für den Vorschlag der Stadt Plauen zur Benennung durch die Plauener Straßenbahn GmbH zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke – Erdgas Plauen GmbH durch die Gesellschafterversammlung.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-5**

3.4 Entsendungswiderruf weiterer Vertreter der Stadt Plauen im Kulturkonvent des Zweckverbandes "Kulturraum Vogtland – Zwickau" BSV-227/2025

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Herrn Markus Witte als Mitglied des Kulturkonventes des Zweckverbandes „Kulturraum Vogtland – Zwickau“.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-6**

3.5 Vorschlag zur Entsendung weiterer Vertreter der Stadt Plauen in den Kulturkonvent des Zweckverbandes "Kulturraum Vogtland – Zwickau" BSV-228/2025

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Plauen, dem Kulturkonvent des Zweckverbandes „Kulturraum Vogtland – Zwickau“ vorzuschlagen, Frau Stadträtin Maike Kühn als weiteres Mitglied mit beratender Stimme in den Kulturkonvent bis auf Widerruf aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen

3.6 Forstlicher Wirtschaftsplan 2026 BSV-213/2025

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Bert Schmieder, Leiter des Forstbezirkes Plauen und Herrn Steve Fischer, Revierförster der Stadt Plauen.

Oberbürgermeister Zenner erteilt Herrn Bert Schmieder das Rederecht.

Herr Bert Schmieder, Leiter des Forstbezirkes Plauen, erläutert anhand einer Präsentation den Wirtschaftsplan für die Bewirtschaftung des Stadtwaldes Plauen und betont, dass dieser auf der periodischen Betriebsplanung, der sogenannten Forsteinrichtung, basiert. Diese wird alle zehn Jahre erstellt und beschlossen. Aktuell werde die neue Forsteinrichtung erarbeitet, wobei auch Forstreferendare im Rahmen ihrer Ausbildung beteiligt seien.

Herr Schmieder informiert unter anderem über die finanziellen Aspekte des Wirtschaftsplanes. Die Aufwendungen für Pflege, Material und Wegebau hätten sich aufgrund der allgemeinen Teuerung in den letzten Jahren teilweise verdoppelt. Gleichzeitig seien die Holzpreise auf ein historisch hohes Niveau gestiegen, was die Einnahmen positiv beeinflusse. Die Einnahmen aus dem Holzeinschlag würden auf 1,4 Mio. EUR geschätzt, während die Ausgaben bei etwa 700.000 EUR lägen. Der resultierende Überschuss von 700.000 EUR komme dem städtischen Haushalt zugute.

Oberbürgermeister Zenner spricht Herrn Schmieder und seinem Team seinen Dank aus und lobt die nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Bewirtschaftung des Stadtwaldes. Er hebt hervor, dass die erzielten Gewinne ein beachtliches Ergebnis seien und die Ziele der nachhaltigen Waldbewirtschaftung erfüllt würden.

Stadtrat Daniel Beegen, AfD-Fraktion, fragt nach, ob der Stadtwald mittlerweile resilienter gegenüber Schadereignissen sei und welche Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden.

Herr Schmieder antwortet, dass die Abläufe zur Schadbewältigung, insbesondere bei Borkenkäferschäden, in den vergangenen Jahren weiter optimiert worden seien.

Herr Schmieder informiert, dass die Stadt Plauen durch ihre Mitgliedschaft in einer Waldbesitzervereinigung wirtschaftlich gut aufgestellt sei. Diese Mitgliedschaft ermögliche es, insbesondere in Jahren mit hohem Schadensaufkommen, Holz mengen gebündelt zu vermarkten und dadurch angemessene Preise zu erzielen. Gleichzeitig trage dieses Modell, das einer Genossenschaft ähnele, zur Wirtschaftsförderung im vogtländischen Raum bei, da auch kleinere Waldbesitzer von der Vermarktung profitieren könnten.

Herr Schmieder betont, dass der Waldumbau eine langfristige Aufgabe sei, die schrittweise vorangetrieben werde. Jede Fläche, die verjüngt und gepflegt werde, erhöhe die Stabilität und Resilienz des Waldes. Er zeigt sich zuversichtlich, dass durch eine konsequente Fortführung der Waldpflege die Notwendigkeit zur Schadenbewältigung reduziert und die Widerstandsfähigkeit des Waldes insgesamt gesteigert werde.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, bedankt sich für die Organisation eines Rundgangs durch den Wald, der ihr einen Einblick in die umfangreiche Arbeit der Waldpflege und -erhaltung gegeben habe. Sie hebt hervor, dass ihre Fraktion dem forstlichen Wirtschaftsplan zustimmen werde, und spricht sich dafür aus, den Wald weiterhin in städtischem Besitz zu halten. Sie lobt die Entscheidung, den Wald nicht zu verkaufen, und bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeitern des Forstbezirkes für deren Engagement.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, betont, dass die Entscheidung, den Stadtwald nicht zu verkaufen, richtig gewesen sei. Er erinnert daran, dass die Stadt Plauen mit über 2.300 Hektar der zweitgrößte kommunale Waldbesitzer im Freistaat Sachsen sei.

Stadtrat Schmidt hebt hervor, dass die Erträge aus dem Stadtwald von ursprünglich rund 270.000 EUR auf mittlerweile über 1 Mio. EUR gestiegen seien, was die Nachhaltigkeit der damaligen Entscheidung unterstreiche. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern des Forstbezirkes für deren vorbildliche Arbeit und betont die Bedeutung des Waldes im Kontext des Klimawandels und der Wassereinzugsgebiete.

Stadtrat Schmidt fragt nach der aktuellen Situation bezüglich der Wilddichte und möglicher Verbiss-Schäden. Er möchte wissen, ob der Wolf im Plauener Revier präsent sei und ob dies zu Problemen oder möglicherweise zur Lösung von Problemen führe.

Abschließend regt Stadtrat Schmidt an, künftige Exkursionen in den Stadtwald auch nachmittags zu planen, um eine Teilnahme der ehrenamtlichen Stadträte zu erleichtern.

Herr Schmieder antwortet, dass es im Bereich Plauen kein stationäres Wolfsrudel gäbe, jedoch gelegentlich Wölfe durchziehen würden. Bezüglich der Wilddichte erklärt er, dass dort, wo mit Begehungsscheinen gejagt werde, Erfolge sichtbar seien, während die Situation in verpachteten Gebieten weitgehend unverändert bleibe.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den in der Anlage beigefügten Forstlichen Wirtschaftsplan 2026 für den Kommunalwald der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-8

**3.7 Umsetzung des Strukturkonzeptes der Theater Plauen-Zwickau gGmbH,
BSV-194/2025**

Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 61-25**

Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 73-25**

Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 83-25**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, für befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Anträge, **Reg. Nr. 61/25** der SPD/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 73/25** der CDU-Fraktion und den Änderungsantrag, **Reg. Nr. 83/25** der SPD/Initiative-Fraktion von der Verwaltung geprüft und die Änderungen eingearbeitet wurden.

Gleichzeitig weist Oberbürgermeister Zenner auf das Änderungsblatt zur Beschlussvorlage mit den entsprechend geänderten Beschlusstexten hin.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage. Er erläutert u. a. die Dringlichkeit der Entscheidung zur Umsetzung des Strukturkonzeptes der Theater Plauen-Zwickau gGmbH. Er führt aus, dass die finanzielle Situation des Theaters kritisch sei, da zum Jahresende 2026 eine bilanzielle Überschuldung drohe, die eine Antragspflicht zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach sich ziehen könnte.

Bürgermeister Kämpf hebt hervor, dass die Problematik seit langem bekannt sei, sich jedoch durch gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, demografische Entwicklungen, steigende Kosten und das Ausbleiben einer Dynamisierung der Kulturraummittel verschärft habe.

Bürgermeister Kämpf erinnert daran, dass der Stadtrat der Stadt Plauen am 23.11.2022 die Fortführung des Grundlagenvertrages beschlossen habe, wobei die Gesellschafterzuschüsse auf 10 Mio. EUR fixiert worden seien. Gleichzeitig sei ein Auftrag zur Erstellung eines Strukturkonzeptes erteilt worden, um die finanzielle Absicherung des Theaters Plauen-Zwickau zu gewährleisten. Dieses Konzept mit vier möglichen Varianten wurde am 04.02.2025 vorgestellt.

Bürgermeister Kämpf berichtet, dass die Fraktionen des Stadtrates bis Ende August 2025 Vorschläge und Anträge zu den Varianten einreichen konnten. Die favorisierte Variante 2a+, ergänzt durch Anträge der Fraktionen, sei in die Beschlussvorlage eingearbeitet worden.

Diese Variante sehe die Beibehaltung des Mehrspartenbetriebs vor, jedoch mit einem Haustarifvertrag und möglichen Kooperationen oder Fusionen, um die langfristige Tragfähigkeit zu sichern. Zudem sei ein überplanmäßiger Zuschuss von 125.000 EUR notwendig, um die drohende Überschuldung abzuwenden.

Bürgermeister Kämpf kritisiert die überraschende Entscheidung des Zwickauer Stadtrates, einen alternativen Antrag zu beschließen, der die Mittel auf 10 Mio. EUR begrenze und die Verantwortung für Einsparungen an die Theaterleitung übertrage. Er warnt, dass dies zu einem schleichenden Abbau des Mehrspartenbetriebs führen könnte, ohne eine langfristige Perspektive zu bieten. Er appelliert an den Plauer Stadtrat, die gemeinsam erarbeitete Beschlussvorlage zu unterstützen, um die Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau zu sichern.

Stadträtin Diana Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, beantragt Rederecht für einen Vertreter des Theaterfördervereins und einen Vertreter der Beschäftigten des Theaters Plauen-Zwickau zuzulassen, da die Entscheidung von großer Tragweite sei.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 13-Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-9
Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.**

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, betont die Bedeutung des Theaters als kulturelle Institution und kritisiert die Entscheidung des Zwickauer Stadtrates. Er hebt hervor, dass die Variante 2a+ die Erhaltung aller Sparten des Theaters vorsehe und fordert eine klare Zustimmung zur Beschlussvorlage der Verwaltung.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Initiative-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion, welcher ein klares Bekenntnis zum Mehrspartenbetrieb, eine Erhöhung der Zuschüsse bei Erfüllung bestimmter Bedingungen und eine stärkere Einbindung von Land und Bund vorsehen würde. Er kritisiert die Entscheidung des Zwickauer Stadtrates als Affront und spricht sich für die Beschlussvorlage aus.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion Die Linke/Grüne, betont die gesellschaftliche Bedeutung des Theaters Plauen-Zwickau und schlägt vor, den Haustarifvertrag auf zwei Jahre zu begrenzen, während in dieser Zeit keine Kündigungen erfolgen sollen. Sie regt zudem eine externe Mitarbeiterbefragung an, um Sparpotenziale zu identifizieren.

Stadträtin Hänsel übergibt folgenden Änderungsantrag an Oberbürgermeister Zenner:

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Haustarif des Theaters Plauen-Zwickau wird auf die Dauer von 2 Jahren begrenzt.**
- 2. In dieser Zeit finden keine Kündigungen statt. Bis Ende des Haustarifvertrages werden die Arbeitsverträge auf Wunsch des/der Beschäftigten verlängert.**
- 3. Eine externe Mitarbeiterbefragung zum Generieren von Sparpotentialen und neuen Ideen findet statt – Beginn: 2. Quartal 2026.**

Stadträtin Hänsel merkt an, dass z. B. ein Verzicht aller Beschäftigten der Stadtverwaltungen Zwickau und Plauen auf 3 % ihres Gehaltes oder auf Tarifsteigerungen sowie ein Verzicht aller Stadträte von Zwickau und Plauen auf 20 % ihrer Aufwandsentschädigung ein solidarisches Zeichen zur Unterstützung des Theaters Plauen-Zwickau wären.

Bürgermeister Kämpf warnt davor, den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Grüne zuzustimmen. Zum einen enthält dieser Änderungsantrag keine Deckungsquelle und zum anderen sollten Entscheidungen zur Länge des Haustarifvertrages bzw. zur Frage von evtl. möglichen Kündigungen den Tarifpartnern vorbehalten bleiben.

Den Punkt 3 des Änderungsantrages befürwortet Bürgermeister Kämpf ausdrücklich.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass sich die Verwaltung des Punktes 3 des oben aufgeführten Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Grüne annimmt.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, fordert eine stärkere Einbindung der Beschäftigten in die Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen. Er lobt die Verwaltung für die Berücksichtigung vieler Vorschläge und betont die Notwendigkeit, weitere Mittel von Land und Bund zu generieren.

Stadtrat Legath übergibt folgenden Änderungsantrag an Oberbürgermeister Zenner:

Beschlussvorschlag:

Die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages werden wie folgt ergänzt:

„Die Mitarbeiter sind bei der Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen eng einzubinden.“

Bürgermeister Kämpf befürwortet den Beschlussvorschlag des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass sich die Verwaltung des oben aufgeführten Änderungsantrages der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht annimmt und die Ergänzung des Beschlussvorschlages vorgenommen wird.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, äußert Bedenken hinsichtlich der finanziellen Tragfähigkeit des Theaters und fordert eine klare Darstellung der Konsequenzen einer möglichen Insolvenz. Er kritisiert die mangelnde Einbindung der Beschäftigten und die unklare Kommunikation über die Auswirkungen der finanziellen Situation.

Oberbürgermeister Zenner erteilt das Rederecht für ein Mitglied des Plauener Theaterfördervereins und für eine Vertreterin der Beschäftigten des Theaters Plauen-Zwickau.

Herr Dr. Lutz Behrens, Ehrenpräsident des Plauener Theaterfördervereins, appelliert an den Stadtrat der Stadt Plauen, das Theater als kulturelles Erbe zu bewahren, und betont die emotionale und historische Bedeutung des Hauses. Er fordert eine stärkere finanzielle Unterstützung durch den Vogtlandkreis und den Freistaat Sachsen.

Frau Sophia Bauer, Betriebsratsvorsitzende und Schauspielerin am Theater Plauen-Zwickau, schildert die Bedeutung des Theaters für die Region und die Beschäftigten. Sie betont die Bereitschaft der Belegschaft, gemeinsam mit der Stadt Plauen nach Lösungen zu suchen, und warnt vor den Folgen weiterer Stellenkürzungen.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, hebt die Bedeutung des Theaters als kulturellen Schatz hervor und betont die Notwendigkeit, die kulturelle Landschaft im Vogtland zu überdenken. Er spricht sich für die Beschlussvorlage aus und möchte sich als Mitglied des Sächsischen Landtages für eine stärkere Unterstützung durch den Freistaat Sachsen einsetzen. Er betont, dass es bei den Verhandlungen um die Fortführung des Theaters Plauen-Zwickau ginge.

Stadtrat Daniel Beegen, AfD-Fraktion, betont die Signalwirkung des heutigen Votums und die Notwendigkeit, die Theaterleitung durch ein klares Bekenntnis zu stärken. Er spricht sich für die Variante 2a+ aus, um Zeit für weitere Maßnahmen zu gewinnen.

Stadtrat Mathias Weiser, Vorsitzender der AfD-Fraktion, fordert eine klare Darstellung der weiteren Schritte in den Verhandlungen mit Zwickau und eine langfristige Perspektive für das Theater Plauen-Zwickau.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass er in erster Linie ein klares Votum des Stadtrates der Stadt Plauen benötige, um mit dem Gesellschafter Stadt Zwickau weitere Schritte zum Erhalt des Theaters besprechen zu können. Man erwarte, dass Strukturveränderungen durchgeführt werden. Über tiefgehende Veränderungen müsse der Aufsichtsrat entscheiden.

Oberbürgermeister Zenner spricht zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Grüne. Er betont, dass ein Haustarifvertrag grundsätzlich zeitlich befristet sei, jedoch eine zu kurze Frist den Fortschritt behindern könnte. Zudem kritisiert er die Formulierung, dass während der Laufzeit des Haustarifvertrages keine Kündigungen stattfinden dürften, da dies in der Praxis problematisch sei.

Oberbürgermeister Zenner führt weiter aus, dass der zweite Punkt des Antrags, wonach Arbeitsverträge auf Wunsch der Beschäftigten bis zum Ende des Haustarifvertrages verlängert werden sollen, den Beschlussvorschlag der Verwaltung konterkarieren würde. Er weist darauf hin, dass dies nicht zielführend sei. Den dritten Punkt des Antrages, der eine externe Mitarbeiterbefragung zur Generierung von Sparpotenzialen und neuen Ideen vorsieht, bewertet Oberbürgermeister Zenner hingegen positiv. Er schlägt vor, diese Befragung im zweiten Quartal 2026 zu beginnen.

Stadträtin Claudia Hänsel entgegnet, dass der letzte Haustarifvertrag ihres Wissens nach zwölf Jahre gedauert habe, was den Beschäftigten des Theaters nicht erneut zugemutet werden könne. Sie schlägt vor, eine Frist von drei bis vier Jahren zu diskutieren.

Stadträtin Hänsel verweist auf die Aussagen von Frau Bauer, wonach eine weitere Reduzierung der Beschäftigtenzahl die Leistungsfähigkeit des Theaters gefährden könnte. Sie hebt hervor, dass insbesondere technische Mitarbeiter wie Tontechniker bereits stark ausgelastet seien und eine weitere Reduzierung der Belegschaft die Durchführung geplanter Produktionen gefährden würde.

Stadträtin Hänsel äußert die Befürchtung, dass eine Umsetzung des Beschlusses dazu führen könnte, dass Mitarbeiter das Theater verlassen, da es alternative Beschäftigungsmöglichkeiten gebe.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf den Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion, welcher vorsieht, dass bei Abschluss eines Haustarifvertrages betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Dies entspreche seiner Ansicht nach der Intention des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Grüne, sei jedoch zielführender.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass auch die Verwaltung keinen Haustarifvertrag über zwölf Jahre abschließen wolle, er jedoch keine Garantie geben könne, ob eine Lösung in drei oder vier Jahren erreicht werde. Aus diesem Grund könne er den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Grüne in der vorliegenden Form nicht empfehlen.

Beschluss zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Grüne: (in der Sitzung eingereicht)

1. Der Haustarif des Theaters Plauen-Zwickau wird auf die Dauer von 2 Jahren begrenzt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; 34 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 13/25-10

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

2. In dieser Zeit finden keine Kündigungen statt. Bis Ende des Haustarifvertrages werden die Arbeitsverträge auf Wunsch des/der Beschäftigten verlängert.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; 34 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 13/25-11

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

3. Eine externe Mitarbeiterbefragung zum Generieren von Sparpotentialen und neuen Ideen findet statt. Beginn: II. Quartal 2026.

Die Verwaltung nimmt sich dieses Beschlusspunktes an.

Beschluss zur Vorlage mit geändertem Beschlusstext:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen empfiehlt dem Aufsichtsrat der Theater Plauen – Zwickau gGmbH die Geschäftsführung anzuweisen, das Szenario 2a+ aus dem Strukturkonzept des beauftragten Beratungsunternehmens actori GmbH umzusetzen sowie weitere oder alternative Maßnahmen einschließlich der Prüfung von Kooperationen und Fusionen, die für eine perspektivisch nachhaltige Finanzierung des Unternehmens unter Beachtung des Gesellschafterzuschusses erforderlich sind, zu ergreifen. Bei einem Abschluss eines Haustarifvertrages sollen betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Die Mitarbeiter sind bei der Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen eng einzubeziehen.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen weist den Oberbürgermeister der Stadt Plauen an, in der Gesellschafterversammlung der Theater Plauen – Zwickau gGmbH darauf hinzuwirken, dass die Geschäftsführung das Szenario 2a+ aus dem Strukturkonzept des beauftragten Beratungsunternehmens actori GmbH umsetzt sowie weitere oder alternative Maßnahmen einschließlich der Prüfung von Kooperationen und Fusionen, die für eine perspektivisch nachhaltige Finanzierung des Unternehmens unter Beachtung des Gesellschafterzuschusses erforderlich sind, ergreift. Bei einem Abschluss eines Haustarifvertrages sollen betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Die Mitarbeiter sind bei der Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen eng einzubeziehen.

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen (Haushaltsmittel) in Höhe von 125.132,08 EUR im Produkt 261001 für das Haushaltsjahr 2025 für einen zusätzlichen Zuschuss an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH zur Vermeidung der Überschuldung der Gesellschaft. Der überplanmäßige Nachschuss ist von der Stadt Plauen gemäß Grundlagenvertrag zu leisten, um eine drohende Insolvenz abzuwenden.

4. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die mittelfristige Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für den notwendigen Eigenanteil der Nothilfen des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWKT) für den Fall, dass der Freistaat Sachsen ab den Haushaltsjahren 2027 ff. weitere Nothilfen bereitstellt und die Gewährung der Leistungen von Eigenanteilen der Gesellschafter abhängig macht, vorbehaltlich deren Finanzierbarkeit im Gesamthaushalt der Stadt Plauen in künftigen Haushaltsjahren.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen; 1 Befangen
Beschluss-Nr.: 13/25-12

3.8 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 **BSV-218/2025**

Herr Martin Scheibner, Leiter Rechnungsprüfungsamt, führt aus, dass die Stadt Plauen im Vergleich zu anderen Kommunen in Sachsen einen „passablen Zwischenstand“ hinsichtlich der Aufarbeitung der Rückstände bei den Jahresabschlüssen erreicht habe.

Ziel sei es, den Jahresabschluss 2024 im ersten Quartal 2026 festzustellen, um ab diesem Zeitpunkt wieder fristgerecht und gesetzeskonform zu agieren. Dies sei bisher nur wenigen Kommunen in Sachsen gelungen.

Herr Scheibner teilt mit, dass die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 zu keinen wesentlichen Einwendungen geführt habe. Der Jahresabschluss vermittele ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Plauen. Der Rechenschaftsbericht entspreche den gesetzlichen Anforderungen und vermittele ein zutreffendes Bild der Lage der Stadt. Daher könne dem Jahresabschluss 2023 ein uneingeschränkter Prüfungsvermerk erteilt werden, und einer Feststellung durch den Stadtrat stehe nichts entgegen.

Oberbürgermeister Zenner würdigt die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes und betont die Bedeutung der Jahresabschlüsse, insbesondere im Hinblick auf die Berechnung der FAG-Mittel. Er weist darauf hin, dass viele Kommunen in diesem Bereich mehrere Jahre im Rückstand seien, was zu erheblichen Problemen führen könne.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Jahresabschluss 2023 der Stadt Plauen mit seinen Bestandteilen und Anlagen fest und nimmt den mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehenen Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

Der Jahresabschluss 2023 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

- einer Bilanzsumme von	701.546.747,84 EUR
- einem Basiskapital von	325.649.536,44 EUR
- einem Endbestand von liquiden Mitteln (Vermögensrechnung)	39.635.533,57 EUR
- einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis von	6.116.549,72 EUR
- einem Fehlbetrag im Sonderergebnis von	-3.805.587,16 EUR
- einem Überschuss im Gesamtergebnis von (Ergebnisrechnung)	2.310.962,56 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von	5.652.849,99 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit von	-7.938.078,31 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit von	-3.412.811,58 EUR
- einer Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln von (Finanzrechnung)	-5.623.784,29 EUR

Das nach Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis (683.017,34 EUR) mit dem Basiskapital (gemäß § 72 Abs. 3 Satz 3 SächsGemO) verbleibende Gesamtergebnis in Höhe von 2.993.979,90 EUR wird in Höhe von 2.993.979,90 EUR in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt. Zudem wird gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO ein Betrag in Höhe von 2.925.006,66 EUR vom Basiskapital in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses übertragen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-13

3.9 Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Stadt Plauen (Grundsteuerhebesatzsatzung), Inkrafttreten 01.01.2026 BSV-234/2025

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass die Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B vorgesehen seien, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sicherzustellen. Er stellt heraus, dass man durch diesen Beschluss die Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform entsprechend des Stadtratsbeschlusses sicherstellen könne.

Die Anpassung sei notwendig, da die Einnahmen aus der Grundsteuer einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des städtischen Haushalts leisten würden. Er betont, dass die vorgeschlagene Erhöhung der Hebesätze im Einklang mit den Vorgaben des kommunalen Haushaltsrechts stehe und die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden solle. Die Verwaltung habe die Auswirkungen der Anpassung auf die Steuerpflichtigen geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Maßnahme erforderlich sei, um die finanzielle Stabilität der Stadt zu gewährleisten.

Frau Peggy Hein, Fachdienstete für das Finanzwesen, führt aus, dass der Stadtrat der Stadt Plauen bereits am 22.10.2024 und am 15.04.2025 die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze für das Jahr 2025 beschlossen habe. Diese seien aufkommensneutral zum Istaufkommen des Jahres 2024 festgelegt worden, und zwar für die Grundsteuer A auf 260 % und für die Grundsteuer B auf 490 %.

Frau Hein schlägt vor, die Hebesätze dauerhaft ab dem 01.01.2026 festzusetzen. Sollte im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts ein anderer Beschluss gefasst werden, könne die Satzung entsprechend angepasst werden. Abschließend bittet sie um Zustimmung zur Grundsteuerhebesatzsatzung, um die Grundsteuerreform fortführen zu können.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Stadt Plauen mit Inkrafttreten zum 01.01.2026.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 13/25-14**

3.10 Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung für die Vogtlandbibliothek Plauen BSV-223/2025

Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 90-25**

Antrag der Fraktion Die Linke/Grüne, **Reg. Nr. 93-25**

Frau Kerstin Karch, Leiterin des Kulturbetriebes, führt aus, dass die Verwaltung die Variante A des vorliegenden Beschlussvorschlages zur Beschlussfassung empfehle, jedoch auch die Variante B als Alternative vorgelegt habe. Hintergrund der Änderung sei, dass seit der letzten Anpassung im Jahr 2020 die Kosten sowohl im Sach- als auch im Personalkostenbereich erheblich gestiegen seien. Die Betriebsleitung sehe es als notwendig an, einen Teil dieser Kosten an die Nutzer der Bibliothek weiterzugeben, um einen Beitrag zur Konsolidierung zu leisten.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf die Änderungsanträge der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 90-25**, sowie der Fraktion Die Linke/Grüne, **Reg. Nr. 93-25**, welche zu Beginn der Sitzung ausgereicht wurden. Diesen beiden Anträgen könne die Verwaltung folgen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, führt aus, dass nach seiner persönlichen Meinung die Beschäftigten der Vogtlandbibliothek außergewöhnlich gute und engagiert arbeiten. Grundsätzlich könne seine Fraktion der Notwendigkeit einer Anpassung folgen.

Die CDU-Fraktion spricht sich für die Variante B mit einem Jahreskartenpreis von 30 EUR aus.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik kritisiert jedoch, dass die bisherige Jahreskarte 2, die 1,00 EUR pro Jahr gekostet habe, ersatzlos wegfallen soll. Dies sei problematisch, da Gelegenheitsnutzer, wie Vereine oder Touristen, nun mit einer erheblichen Kostensteigerung konfrontiert wären.

Er begrüßt jedoch, dass die Verwaltung die Einführung einer Tageskarte aufgegriffen habe, bedauert aber weiterhin den Wegfall der Jahreskarte 2.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, teilt mit, dass ihre Fraktion ebenfalls der Variante B mit einem Jahreskartenpreis von 30 EUR zustimmen werde. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die Annahme ihres Antrags, weist jedoch darauf hin, dass im Antrag ein Fehler enthalten sei. Statt „Bundessozialdienst“ müsse es korrekt „Bundesfreiwilligendienst“ heißen.
Stadträtin Rank bittet um eine redaktionelle Korrektur in der Gebührenordnung.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass die redaktionelle Änderung vorgenommen wird.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung für die Vogtlandbibliothek Plauen in der **Variante A** unter Berücksichtigung der Satzungsänderungen gemäß der Änderungsanträge, **Reg. Nr. 90-25** und **Reg. Nr. 93-25**.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen; 30 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

**Beschluss-Nr.: 13/25-15
mit Stimmenmehrheit abgelehnt**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung für die Vogtlandbibliothek Plauen in der **Variante B** unter Berücksichtigung der Satzungsänderungen gemäß der Änderungsanträge, **Reg. Nr. 90-25** und **Reg. Nr. 93-25**.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 13/25-16

3.11 Neufassung der Förderrichtlinie zur pauschalen Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen (FRL Jugendverbandsarbeit) BSV-209/2025

Herr Eric Hoffmann, Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport, erläutert, dass die Förderrichtlinie Jugendverbandsarbeit seit 2010 besteht und darauf abzielt, Jugendverbände und -gruppen in ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu unterstützen. Die Förderung erfolge in Form einer Pauschalförderung pro förderfähiges Mitglied. Förderfähig seien Personen im Alter von 6 bis 27 Jahren, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt haben. Die Verwaltung überprüfe die Förderfähigkeit der Mitglieder. Die Pauschale sei ursprünglich auf 11,00 EUR pro Mitglied festgelegt worden, um insbesondere die Sachkosten der Jugendverbände und -gruppen zu decken. Im Haushaltsplan seien jährlich 16.000 EUR für diese Förderung vorgesehen. Diese Mittel seien in der Vergangenheit vollständig ausgeschöpft worden. Aufgrund der Entwicklung der Mitgliederzahlen habe sich jedoch gezeigt, dass die ursprünglich festgelegte Pauschale von 11,00 EUR nicht ausreiche, um die Mittel bedarfsgerecht zu verteilen. Daher sei die Pauschale in der Praxis regelmäßig mit Zustimmung des zuständigen Ausschusses angepasst worden. Im laufenden Jahr habe die Pauschale beispielsweise 25,00 EUR betragen.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass die Richtlinie seit ihrer Einführung im Jahr 2010 unverändert geblieben sei. Unter anderem auf Anregung des Rechnungsprüfungsamtes sei daher eine Überarbeitung der Richtlinie sowie eine Anpassung des Verfahrens erforderlich geworden.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 96-25**.

Der Änderungsantrag ziele darauf ab, eine zusätzliche Absicherung in Form einer Untergrenze für die Mitgliederpauschale einzuführen. Diese solle bei einheitlich 11 EUR pro förderfähiges Mitglied liegen, um den Jugendverbänden langfristige Sicherheit zu gewährleisten. Stadtrat Legath betont, dass die Vergabe nach oben nicht angegriffen werde und der aktuelle Status quo als gut bewertet werde. Allerdings sei es angesichts einer möglichen Verschärfung der Haushaltslage notwendig, eine Anpassung vorzunehmen.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Verwaltung den Antrag geprüft habe. Das Anliegen, eine Untergrenze für die Mitgliederpauschale festzulegen, sei nachvollziehbar. Er führt aus, dass bei einer Mindestpauschale von 11 EUR pro Mitglied und den für 2026 vorgesehenen Mitteln von 13.500 EUR (abzüglich 2.500 EUR für den Kreissportbund) 1.228 Mitglieder gefördert werden könnten. Dies setze jedoch voraus, dass sich die Mitgliederzahl nahezu verdopple, was mittelfristig nicht realistisch sei. Im Jahr 2023 habe die Mitgliederzahl bei 650 gelegen, 2024 sei sie leicht auf 673 gestiegen.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass die Regelung keinen unmittelbaren Einfluss hätte, jedoch die Haushaltsplanung indirekt beeinflussen könnte, da die Mittel so bereitgestellt werden müssten, dass die 11 EUR eingehalten werden könnten. Sollte dies in künftigen Haushaltsplanungen nicht möglich sein, könnten die Anträge nicht vollständig gefördert werden. Aus diesen Gründen empfiehlt die Verwaltung die Ablehnung des Antrags, da die Flexibilität bei der Mitgliederpauschale eingeschränkt würde.

Beschluss zum Änderungsantrag, Reg. Nr. 96-25:

In der FRL Jugendverbandsarbeit wird § 1 (2) nach dem ersten Satz „Die Förderung erfolgt...Haushaltsmittel.“ Um folgenden Satz ergänzt: „Diese darf eine Pauschale von 11 EUR pro förderfähiges Mitglied nicht unterschreiten.“

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen; 24 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen

**Beschluss-Nr.: 13/25-17
mit Stimmenmehrheit abgelehnt**

Beschluss zur Vorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Neufassung der Förderrichtlinie zur pauschalen Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen (FRL Jugendverbandsarbeit) gemäß der beigefügten Anlage mit Wirkung zum 01.01.2026.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 13/25-18

**3.12 Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Notsicherung Dach
Altes Brandschutzamt Oberer Graben 20
BSV-210/2025**

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass es sich bei der Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen um eine dringliche Maßnahme handelt, die aufgrund der Notwendigkeit einer Dachsicherung erforderlich sei. Er führt aus, dass die Sicherung des Daches als unabdingbar angesehen werde, um weitere Schäden am Gebäude zu verhindern und die Sicherheit zu gewährleisten. Er betont, dass die Maßnahme kurzfristig erforderlich sei, da eine Verzögerung zu erheblichen Folgeschäden führen könnte. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel solle daher umgehend erfolgen, um die notwendigen Arbeiten einzuleiten.

Er weist darauf hin, dass die genauen Kosten für die Notmaßnahme derzeit noch nicht abschließend beziffert werden könnten, jedoch eine vorläufige Schätzung vorliege. Die Verwaltung werde die Kostenentwicklung eng überwachen und die Gremien über den Fortschritt und die finanziellen Auswirkungen informieren.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, berichtet von ihrem Besuch bei der Messe „Denkmal 24“ in Leipzig. Zu dieser Veranstaltung wurde die sogenannte „Messeakademie“ ausgelobt. Hierbei handle es sich um eine Initiative, die Architekten und angehende Architekten dazu motivieren solle, Entwürfe zum Erhalt denkmalgeschützter Bausubstanz einzureichen. Dieses Vorhaben werde von der Stiftung Denkmalschutz unterstützt.

Für das Land Sachsen sei das Projekt „Altes Brandschutzamt Plauen“ nominiert worden, welches die Untere Denkmalschutzbehörde ins Gespräch gebracht habe. Ein hierzu vorgelegter Entwurf wurde mit einem ersten Preis ausgezeichnet.

Bürgermeisterin Wolf berichtet weiter, dass der o. g. Messebesuch auch genutzt worden sei, um Gespräche mit Förderbehörden wie dem Landesamt für Denkmalpflege und der Stiftung Denkmalschutz zu führen. Beide Institutionen hätten ihre Unterstützung bei der Weiterentwicklung des Brandschutzamtes zugesichert.

Bürgermeisterin Wolf hebt die Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen im Bereich Denkmalpflege hervor, die sich kontinuierlich um die Einwerbung von Fördermitteln für den Erhalt und die Entwicklung von Denkmälern bemühten. Im Rahmen eines Besuchs in Plauen sei das alte Brandschutzamt vorgestellt und dessen Zustand präsentiert worden. Dabei hätten das Landesamt für Denkmalpflege und die Stiftung Denkmalschutz erneut ihre Unterstützung bei der Beschaffung von Fördermitteln zugesichert. Ein entsprechender Förderantrag sei gestellt worden, der im Falle einer Bewilligung eine Förderquote von 95 % für die Dachsanierung des alten Brandschutzamtes ermögliche.

Die geschätzten Kosten für die Maßnahme belaufen sich laut Bürgermeisterin Wolf auf ca. 521.000 EUR. Die Finanzierung solle durch Mittel des Landesamtes für Denkmalpflege und der Stiftung Denkmalschutz erfolgen, wobei ein Eigenanteil von 26.000 EUR von der Stadt Plauen getragen werden müsse.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln des Landesamtes für Denkmalpflege sowie der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 521.795,65 EUR für die Maßnahme „Sicherung Dach Altes Brandschutzamt Oberer Graben 20“ (18E-000073).

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-19

3.13 Radverkehrskonzeption 2025 der Stadt Plauen
BSV-200/2025

Herr Hagen Brosig, Sachbearbeiter Verkehrsplanung, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage. Unter anderem hebt er hervor, dass die Verkehrssicherheit oberste Priorität habe, da nur durch ein sicheres Miteinander im Straßenverkehr mehr Menschen zum Fahrradfahren motiviert werden könnten. Zudem solle durch die Schaffung besserer Rahmenbedingungen der Radverkehrsanteil gesteigert werden. Ein weiteres Ziel sei die Etablierung eines durchgängigen Radwegenetzes.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, fragt zum geplanten Radweg zwischen Kauschwitz und Zwoschwitz nach. Er äußert seine Verwunderung über die hohen Kosten der Maßnahme, die mit über 900.000 EUR für einen etwa ein Kilometer langen kombinierten Fuß- und Radweg veranschlagt seien. Stadtrat Eckardt betont, dass diese Summe für ihn nicht nachvollziehbar sei und fragt nach der Grundlage der Kalkulation.

Herr Brosig antwortet, dass die hinterlegten Kosten auf Kenngrößen basierten, die von einem Ingenieurbüro ermittelt worden seien. Da keine konkrete Planung vorliege, seien die Zahlen anhand von Standardpreisen für Quadratmeter berechnet worden. Eine verlässliche Kostenschätzung könne erst nach einer detaillierten Planung erfolgen, da erst dann spezifische Anforderungen und mögliche Einsparpotenziale bekannt würden. Er weist darauf hin, dass aufgrund der Vielzahl an Maßnahmen nicht alle Projekte umgesetzt werden könnten und dass die Stadt Prioritäten setzen müsse, um den größten Nutzen mit dem geringsten Aufwand zu erzielen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Radverkehrskonzeption 2025 als künftige koordinierende Handlungsgrundlage für die Entwicklung des Radverkehrs in der Stadt Plauen unter Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Plauen und der Finanzierungsbeiträgen von Bund, Freistaat Sachsen und Vogtlandkreis.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 12 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-20

3.14 Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Ablöse des Kreuzungs- und Ampelbereichs B 92 Hofer Str./Turnstraße (LaSuV)
BSV-232/2025

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er informiert, dass die Turmstraße am 14.08.2025 für den Verkehr freigegeben worden sei. Der Freistaat Sachsen habe an diesem Tag die Baulast für den Knotenpunkt sowie alle dazugehörigen Teile übernommen. Der Knotenpunkt und der Anschluss an die Turmstraße sowie die Lichtsignalanlage wurden von der Stadt Plauen errichtet. Diese Bauwerke seien gemäß den Kreuzungsrichtlinien in die Baulast des Landes, vertreten durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASUV), übergegangen.

Herr Ullmann erklärt, dass für den zukünftigen Unterhaltungsaufwand eine Ablösesumme in Höhe von 383.291 EUR zu entrichten sei.

Herr Ullmann führt weiter aus, dass diese Ablösesumme im Rahmen der Modellkommune, in der die Maßnahme durchgeführt wurde, nicht zuwendungsfähig sei. Daher habe man sich entschieden, die Mittel eigenständig und außerplanmäßig bereitzustellen. Dies ermögliche es, die verbleibenden Haushaltsmittel, die regulär förderfähig seien, für andere Maßnahmen im Projekt einzusetzen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen i. H. v. 383.271,09 EUR für die Ablöse des Kreuzungs- und Ampelbereichs B92 Hofer Str./ Turnstraße (19E-000148).

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/25-21

4 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, teilt mit, dass in der AG Behindertenhilfe über eine Begehung des Rathauses hinsichtlich der Barrierefreiheit stattgefunden habe. Dabei hätte es einige Kritikpunkte gegeben.

Stadtrat Gerbeth bittet um Mitteilung der Ergebnisse dieser Begehung in einer der nächsten Sitzungen des Bildungs- und Sozialausschusses.

Stadtrat Gerbeth fragt zu diesem Thema noch konkret nach:

Ihm wurde mitgeteilt, dass die Taste für Rollstuhlfahrer neben dem Briefkasten vor dem Haupteingang nicht funktionieren würde. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, sollte diese Taste mit einem Hinweis versehen oder zugeklebt werden.

Weiterhin wurde Stadtrat Gerbeth mitgeteilt, dass der Kassenautomat im Einwohnermeldeamt für Rollstuhlfahrer nicht erreichbar wäre.

Er bittet zu beiden Sachverhalten um Prüfung und schriftliche Mitteilung.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Öffnung des Bürgerpunkts im Landratsamt. Ursprünglich wäre die Öffnung des Bürgerpunktes ab November 2025 geplant gewesen. Er fragt nach, wann mit der Umsetzung in der Stadt zu rechnen sei.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass der Start ursprünglich für Januar 2026 vorgesehen sei und der November 2025 nie als konkreter Termin genannt worden wäre. Er erläutert, dass der Polizeiliche Vollzugsdienst über die Weihnachtszeit zunächst in den aktuellen Räumlichkeiten verbleiben sollen, bevor der Bürgerpunkt im Januar 2026 eröffnet werde. Derzeit werde im neuen Objekt noch an baulichen Details, wie der Integration von Duschen, gearbeitet, um die Umsetzung zu ermöglichen.

Stadtrat Schwarz berichtet von seiner Teilnahme an der Premiere des Films über die Falknerei Hermann in Plauen mit dem Titel „Hashtag Flugmodus“. Er hebt hervor, dass der Film von einem Filmschaffenden aus Plauen begleitet wurde und einen Einblick in den Alltag der Falknerei gebe. Stadtrat Schwarz lobt die Qualität der Produktion und erwähnt, dass wöchentlich eine neue Folge erscheine. In diesem Zusammenhang fragt Stadtrat Schwarz nach, ob die Stadt Plauen ihre eigenen Kanäle genutzt habe, um diese positive Geschichte zu unterstützen und Werbung für die Serie zu machen.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass die städtischen Kanäle sowohl im touristischen Bereich als auch im Medienbereich genutzt worden seien, um die Serie zu bewerben.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, weist auf den internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (Orange Day) hin und betont die Bedeutung der Veranstaltung, die von einem Bündnis verschiedener Vereine (u.a. Karo e.V., Verbraucherzentrale, Theater Plauen-Zwickau, Bündnis für Demokratie und Toleranz, Kommunalen Präventionsrat und Mobile Jugendarbeit) organisiert wurde.

Stadträtin Rank äußert Unverständnis über die kurzfristige Absage der Nutzung der „Villa am Postplatz“ als Veranstaltungsort, obwohl dies zuvor mit Herrn Frank Zabel vom kommunalen Präventionsrat abgestimmt worden sei. Sie hinterfragt, warum die Veranstaltung als politische Veranstaltung eingestuft werde und warum die „Oheim Passage“ als Alternative vorgeschlagen worden sei, obwohl beides städtische Objekte seien.

Stadträtin Rank hebt hervor, dass die „Villa am Postplatz“ aufgrund ihrer zentralen Lage und ihrer Funktion als sozialer Ort besser geeignet wäre, um betroffenen Frauen Hilfsangebote näherzubringen und das Thema in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Zudem erkundigt sie sich nach den bestehenden und geplanten Angeboten der Stadt zur Unterstützung betroffener Frauen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, stellt klar, dass die „Villa am Postplatz“ als sozialer Ort konzipiert sei, der Hilfe zur Selbsthilfe bieten solle, und dass politische Veranstaltungen dort nicht zugelassen wären, um die Arbeit der Einrichtung nicht zu überlagern. Dies sei im Mietvertrag festgelegt und unterscheide die „Villa am Postplatz“ von der „Oheim Passage“. Dort wären politische Veranstaltungen möglich.

Bürgermeister Kämpf betont, dass die Stadt Plauen das Anliegen, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, unterstütze und entsprechende Präventions- und Informationsangebote in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern plane. Er weist jedoch darauf hin, dass die Organisation der o. g. Veranstaltung unprofessionell verlaufen sei und die „Villa am Postplatz“ zu keinem Zeitpunkt aktiv als Veranstaltungsort angeboten worden wäre.

Verschiedene Standorte seien im Gespräch gewesen, und erst im November 2025 hätte es eine Anfrage dazu gegeben. Die Stadtverwaltung Plauen habe daraufhin die „Oheim Passage“ als alternativen Veranstaltungsort angeboten.

Bürgermeister Kämpf kündigt an, dass das Thema Gewalt gegen Frauen künftig verstärkt im kommunalen Präventionsrat behandelt werde, und verweist auf die Zusammenarbeit mit Vereinen wie dem Karo e.V. und dem Weissenberg e.V..

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die schnelle Bearbeitung ihrer Anliegen aus der letzten Stadtratssitzung. Sie berichtet, dass die Hohlbeinstraße innerhalb weniger Tage instandgesetzt wurde und dass an der Lösung der Problematik mit den Glascontainern in der „Possig“ gearbeitet werde.

Stadträtin Knabe bringt ein Anliegen vor, das sich auf einen anonymen Beitrag im Mängelmelder der Stadt Plauen bezieht. Dort wurde vorgetragen, dass eine Gruppe von Mädchen im Alter zwischen 15 bis 16 Jahren auf der Strecke von der Schloßstraße in Plauen zum Einkaufscenter „Stadtgalerie“ von mehreren Jugendgruppen angesprochen worden sei.

Stadträtin Knabe äußert die Notwendigkeit, in Zusammenarbeit mit der Polizei Maßnahmen zu ergreifen, um solche Vorfälle zu verhindern. Sie weist darauf hin, dass der Beitrag zunächst im Mängelmelder sichtbar gewesen sei, später jedoch entfernt wurde.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der Beitrag anonymisiert war und keine Ansprechpartner benannt wurden. Er betont, dass nachweislich falsche Informationen enthalten gewesen seien. Die geschilderte Flucht der Mädchen in die „Stadtgalerie“ und die Begleitung durch die örtliche Security konnte von Verantwortlichen der „Stadtgalerie“ nicht bestätigt werden. Auch die Polizei habe keine besonderen Vorkommnisse verzeichnet.

Oberbürgermeister Zenner äußert, dass solche Beiträge oft auf maximale Empörung abzielen, und bietet den betroffenen Mädchen an, sich direkt bei der Stadtverwaltung Plauen zu melden, um den Sachverhalt aufzuklären und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, thematisiert noch einmal das Projekt „Orange Date“ und fragt nach den Unterschieden zwischen dem „ZIZ“-geförderten Projekt „Villa Postplatz“ und der „City Agentur“ in der Oheim Passage. Er kritisiert, dass die Stadt Plauen an diesem Aktionstag keine konkreten Maßnahmen ergriffen habe, und schlägt einfache Aktionen wie die Bereitstellung von Informationsmaterialien vor.

Zudem äußert Stadtrat Legath Unverständnis darüber, dass ein niederschwelliges Angebot zur Hilfe bei häuslicher Gewalt nicht in der „Villa am Postplatz“ zugelassen worden sei, obwohl dies zur Belebung des Raumes hätte beitragen können.

Bürgermeister Kämpf erläutert, dass das Ziel der „Villa am Postplatz“ darin bestehe, eine dauerhafte Hilfe vor Ort zu leisten, anstatt sich auf einmalige Aktionstage zu beschränken.

Er verweist auf die Inhalte des Mietvertrags und betont, dass eine dauerhafte Nutzung durch Vereine wie den Karo e.V. vorgesehen sei.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass es keine Zusage für die Nutzung der „Villa am Postplatz“ für den von Stadträtin Rank genannten Aktionstag gegeben habe und stattdessen eine alternative Lösung angeboten worden sei. Er merkt an, dass die Anfrage kurzfristig und unausgereift gewesen sei, weshalb die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten gehandelt habe.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt nach, ob es möglich sei, Angebote für Familien mit Kindern in Form einer Veranstaltungsbroschüre zusammenzufassen, die unter anderem auch Sportangebote und Kursangebote beinhaltet

Oberbürgermeister Zenner bittet um Prüfung, ob solch ein Angebot in digitaler Form möglich sei.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt nach, was mit dem alten Schwimmbad in der Hainstraße passieren soll. Es wird vorgeschlagen, dieses Gebäude abzureißen und möglicherweise Parkplätze für die Parkeisenbahn zu errichten.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Mathias Weiser, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erkundigt sich nach der von Stadträtin Knabe angesprochenen Meldung im Mängelmelder der Stadt Plauen, die weiterhin im System verzeichnet sei. Er präzisiert seine Nachfrage dahingehend, ob der Sicherheitsdienst der Stadtgalerie über eine Mädchengruppe informiert gewesen sei oder ob diese sich bei Angestellten der Stadtgalerie gemeldet habe. Er fragt nach, ob es sich möglicherweise um eine erfundene Meldung handeln könnte.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass entsprechende Nachfragen bei den zuständigen Stellen, wie dem Leiter des Managements, erfolgt seien. Dieser habe wiederum Kontakt zu den Sicherheitskräften aufgenommen. Er betont, dass solche Aussagen nicht ohne vorherige Erkundigungen getroffen würden.

Stadtrat Weiser fragt erneut, ob es die besagte Mädchengruppe gegeben habe.

Oberbürgermeister Zenner entgegnet, dass er dies nicht wisse. Er stellt jedoch klar, dass der geschilderte Vorfall, bei dem eine Sicherheitskraft der Stadtgalerie die Mädchen zu einem Auto begleitet haben soll, nicht stattgefunden habe.

Stadtrat Weiser hakt nach und möchte wissen, ob die Sicherheitskräfte bestätigt hätten, dass eine Mädchengruppe anwesend gewesen sei.

Oberbürgermeister Zenner wiederholt, dass die Sicherheitskräfte lediglich verneint hätten, eine Mädchengruppe zum Auto begleitet zu haben, und dass dies nicht ausschließe, dass eine solche Gruppe vor Ort gewesen sein könnte.

Stadtrat Weiser zeigt sich unzufrieden mit der Antwort und betont, dass die Sicherheitskräfte doch hätten bestätigen müssen, ob eine Mädchengruppe anwesend war.

Er würde die Situation ernst nehmen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Stadt Plauen hohe Summen, wie etwa 40.000 EUR, für Marketingkampagnen ausbebe, während im Mängelmelder Beschwerden über die Sicherheit von Frauen in der Stadt verzeichnet seien.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass die Frage bereits beantwortet sei.

Stadtrat Weiser äußert jedoch, dass die Antwort für ihn nicht ausreichend sei. Er fragt weiter nach, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um Vorfälle, die als negative Werbung für die Stadt wahrgenommen werden könnten, zukünftig zu verhindern. Er betont die Bedeutung einer präventiven Herangehensweise, um ähnliche Szenarien zu vermeiden.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass zunächst die Tatsachen ermittelt werden müssten, um eine fundierte Grundlage für weitere Maßnahmen zu schaffen. Er führt aus, dass die Stadtverwaltung die Angelegenheit sehr ernst nehme und daher bereits Nachforschungen angestellt habe. So habe man beispielsweise beim Centermanagement nachgefragt, ob ein Sicherheitsdienst beauftragt worden sei, eine Gruppe von Mädchen zu begleiten. Das Centermanagement habe jedoch bestätigt, dass keine solche Beauftragung erfolgt sei und auch keine Begleitung durch einen Sicherheitsdienst stattgefunden habe.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass dies ein gesicherter Fakt sei, unabhängig davon, ob es die genannte Mädchengruppe tatsächlich gegeben habe oder nicht. Er führt weiter aus, dass die Stadt Plauen bereits Maßnahmen ergriffen habe, um die Präsenz im öffentlichen Raum zu erhöhen. Dazu zählten regelmäßige Einsätze des gemeindlichen Vollzugsdienstes sowie der Polizei. Auch der Sicherheitsdienst des Centermanagements sei ein potenzieller Ansprechpartner, falls eine Begleitung erforderlich gewesen wäre.

Oberbürgermeister Zenner unterstreicht, dass die Stadt Plauen weiterhin bestrebt sei, die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Plauen,

Plauen,

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Yvonne Gruber
Stadträtin

Plauen,

Plauen,

Peggy Glaß
Schriftführerin

Sebastian Heydel
Stadtrat

Hinweis: Das Protokoll, wurde mit Hilfe einer KI erstellt.

Es ist ein Dokument, das automatisiert aus der Audio- oder Videodatei generiert wird.

Das KI-basierte Tool nutzen wir in der aktuellen Pilotphase und dieses kann Sprache in Text umwandeln, wichtige Punkte extrahieren und das Protokoll strukturieren. Die Überprüfung erfolgte durch den Sitzungsdienst.

Gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bleibt die Tonaufnahme bis zur Bestätigung der Niederschrift bestehen. Danach wird diese umgehend gelöscht.